

Dänische Verteidigungsnovelle beschlossen

Andreas Knudsen

Nach Monaten innenpolitischer Diskussionen und Verspätungen nahm das dänische Parlament mit Ausnahme der sozialistischen Parteien die Verteidigungsnovelle 2018–2024 an. Politisch ist es ein klares Bekenntnis zur Bündnistreue und die Weiterführung bestehender internationaler Verpflichtungen, während die beschlossenen Prioritäten einen mittelfristigen Kurswechsel hin zu Missionen nahe der Landesgrenze und dem NATO-Operationsraum andeuten. Bei der Vorstellung unterstrich Verteidigungsminister Claus Hjort Frederiksen, dass sich die sicherheitspolitische Lage Dänemarks in den letzten Jahren durch die Aufrüstung Russlands, den Krieg in der Ostukraine und das Auftreten des Landes im Ostseeraum verschlechtert hat. Vor diesem Hintergrund muss die Ankündigung gesehen werden, künftig der NATO eine Brigade mit 4.000 Mann zur Verfügung stellen zu können. Zur Verteidigung Dänemarks sollen 20.000 Reservisten und Heimwehrsoldaten mobilisiert werden können. Die Anschaffung von 33 Flugzeugen vom Typ F-35 wurde beschlossen und die Cyberverteidigung soll gestärkt werden.

Der dänischen Marine werden neue Ressourcen zur Verfügung gestellt. So sollen die drei Fregatten in den kommenden Jahren mit SM-2 Raketen zur Luftverteidigung ausgerüstet werden. Perspektivisch werden sie von SM-6 abgelöst werden, aber ein Zeitpunkt dafür wurde noch nicht festgelegt. Die bereits seit langem diskutierte Ausrüstung der Fregatten mit einem Radar, das sie zu einem Teil des Theatre Ballistic Missile Defence werden lassen könnte, wurde erneut hinausgezögert. Beschlossen wurde lediglich die Beauftragung einer Studie, die die entsprechenden Möglichkeiten ausloten soll. Dies ist offensichtlich ein politischer Kompromiss, um Russland nicht herauszufordern. Dessen Botschafter in Dänemark, Mikhail Vanin,

hatte bereits 2015 erklärt, dass die Teilnahme der Schiffe an der Raketenabwehr sie zu einem legitimen Ziel russischer (Atom-)Schläge machen würde. Trotz aller politischer Vorsicht wurde beschlossen, eine Reserve von 80 Mio. Euro für die „Sensorverteidigung“ bereitzustellen. Hinter diesem Euphemismus verbirgt sich die Anschaffung von Radargeräten. Abhängig von der endgültigen Aufgabendefinition müssen diese nicht unbedingt auf Schiffen installiert werden, sondern können auch landbasiert sein. Weiterhin soll die Anschaffung von weitreichenden Raketen für den Zeitraum nach 2024 untersucht werden.

Wieder in den Fokus gerückt ist auch die Bedrohung durch U-Boote. Drei der fünf größten Schiffe der Marine sollen daher mit Sonar ausgerüstet werden, um an der U-Jagd teilnehmen zu können. Gleichzeitig soll auch ein Anti-Torpedosystem installiert werden, um sich gegen Angriffe verteidigen zu können. Die Seahawk-Hubschrauber der dänischen Luftwaffe werden mit Torpedos und Sonoboje für die U-Jagd ausgerüstet. Dafür werden 80 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die größtenteils erst 2022 und 2023 investiert werden. Betont wird, dass Ausbildung und Training im Bereich der U-Jagd in enger Zusammenarbeit mit „anderen Ländern“ durchgeführt werden sollen. Im Klartext dürften dies Großbritannien, Deutschland, Norwegen und eventuell Schweden sein.

Darüber hinaus soll eine gewisse Anzahl von Marineoffizieren eine Ausbildung im Bereich des Minenlegens durchlaufen.

Im Zusammenhang mit der Verteidigungsnovelle wurden die Vorarbeiten zur Anschaffung sogenannter Umweltschiffe gestoppt. Die bereits bewilligten 90 Mio. Euro werden für die Neuausrichtung des Projekts eingesetzt. Statt reiner Ölbekämpfungsschiffe sollen nun multifunktionale Schiffe gekauft werden, die auch über

Bewaffnung verfügen. Mit diesem Kniff werden die zivilen Fähigkeiten erhalten und gleichzeitig die militärischen Kapazitäten vergrößert. Aus der Sicht Russlands wird es sich hierbei jedoch um eine Aufrüstung handeln. Die vier Schiffe sollen bei Bedarf auch in den nordatlantischen Gewässern um die Färöer-Inseln und Grönland herum einsetzbar sein.

In der Arktis wird der Einsatz von drei Schiffen für die Küstenwache wie bisher fortgeführt. Bei Bedarf kann das Operationsgebiet ausgedehnt werden, insbesondere für den Eisüberwachungsdienst.

In den kommenden Jahren sollen jeweils bis zu 500 zusätzliche Wehrpflichtige einberufen werden, so dass künftig 4.500 junge Menschen einen Einblick in die militärische Karrierewelt bekommen. Aus diesem Personalbestand sollen Freiwillige für eine über den viermonatigen Pflichtwehrdienst hinausgehende Zeit gewonnen werden. Damit könnte die Marine ihre Rekrutierungsgrundlage verbessern. In diesem Zusammenhang muss auch die Erklärung gesehen werden, junge Grönländer für den Dienst zu werben. Diese sind zwar generell von der Wehrpflicht befreit, aber Dänemarks verstärkte Präsenz in der Arktis (u.a. ist die Wiedereröffnung der 2014 geschlossenen Basis Grønneidal in Südgrönland geplant) erfordert auch mehr Personal.

Insgesamt werden bis 2024 rund 2 Mrd. Euro zusätzlich für die Verteidigung ausgegeben. In den vergangenen Jahren lag das Verteidigungsbudget bei durchschnittlich 2 Mrd. Euro bzw. 1,12 % des Bruttonationalprodukts. Mit den beschlossenen Erhöhungen, die sehr ungleich über die kommenden Jahre hinweg verteilt sind, wird der Anteil auf 1,3 % des 2017er BIP steigen. Da für die kommenden Jahre ein reales Wachstum prognostiziert wird, bleibt Dänemark allerdings auch weiterhin deutlich unter dem angestrebten 2 %-Ziel der NATO. ■

Foto: Dänische Marine